

November/Dezember 2010

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)



DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



EU-Vorhaben zu Internetsperren: nachweislich ungeeignet und rechtlich bedenklich



Die EU-Kommission will mit einer umfassenden Richtlinie zum Kinderschutz alle Mitgliedsstaaten verpflichten Zugang und Weiterverbreitung von Webseiten mit kinderpornographischen Inhalten zu blockieren. Wird der Entwurf zu den so genannten "Internetsperren" beschlossen, so muss die Bundesregierung umsetzen, was sie im März dieses Jahres noch ablehnte. Kindesmissbrauch, die Darstellung und die Weiterverbreitung kinderpornographischer Inhalte sind Verbrechen, die weltweit effektiv und nachhaltig bekämpft werden müssen. Dazu braucht es grundrechtskonforme Lösungen, die Ursachen bekämpfen und Verbrecher bestrafen. Simple Sperren von Netzinhalten dient dem nicht. Das zeigen auch Erfahrungen aus anderen Ländern, wo einerseits Seiten ohne kinderpornographischem Inhalt gesperrt wurden und andererseits zum Teil gesperrte Seiten nicht durch die Strafverfolgungsbehörden genutzt wurden. Außerdem schaffen Internetsperren eine weitgehend unkontrollierte technische Zensurinfrastruktur, die beliebig auf andere Inhalte ausgeweitet werden könnte.

Um jeglichen Zensurverdacht auszuschließen, müssten die Listen mit den gesperrten Inhalten veröffentlicht werden. Gutgemeinte Internetsperren dürfen nicht zum Frühwarnsystem für Kriminelle werden.

Bürgerrechtsorganisationen aber auch die LINKE plädieren für den Grundsatz: 'Inhalte löschen und Täter strafrechtlich verfolgen statt Inhalte verstecken und Täter schützen'. Für einen ernst gemeinten Kampf gegen Kinderpornographie werden ausreichend Personal und technische Ausstattung benötigt.

Rassistischer Mord in Leipzig: Gesellschaftliche Debatte notwendig!

In der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober ereignete sich in Leipzig ein schrecklicher Vorfall, der längst zum Politikum geworden ist. Der 19-jährige, aus dem Irak stammende Kamal K. wurde auf dem Nachhauseweg von zwei Männern niedergestochen. Wenig später erlag er den schweren Verletzungen. Inzwischen hat sich der Verdacht erhärtet, dass die Tat einen rassistischen Hintergrund hat. Einer der Täter ist langjähriger Aktivist der Neonaziszene.

Kamal K. wäre das 6. Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig seit 1990.

Nach Recherchen der Zeitungen ZEIT und Tagesspiegel waren es im selben Zeitraum bundesweit 137, etwa dreimal so viele, wie staatliche Stellen ausweisen. Das letzte offiziell anerkannte Opfer rechter Gewalt ist die 31-jährige Marwa el-Sherbini, die am 1.7.2009 in Dresden erstochen wurde.

Dieses drastische Ausmaß neonazistischer Gewalt ist alarmierend.

Jährlich erfassen die sächsischen Beratungsstellen für Betroffene rechts motivierter und rassistischer Gewalt zudem mehrere hundert entsprechende Übergriffe. Unsere Gesellschaft braucht eine ernsthafte Debatte um Rassismus und Diskriminierung. Denn das Problem sind nicht nur die, die das Messer zücken und zustechen, sondern ein gesellschaftliches Klima, das durch Ausgrenzungs- und Abwertungsdenken geprägt ist sowie eine Politik, die Rassismus produziert.

Ich werde mich mit allen Kräften dafür einsetzen und alle Bemühungen unterstützen, die sich gegen die Verletzung der Würde und für die Unversehrtheit von Menschen richten.

Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Assistentinnen:
Manuela Kropp: +32-(0)228-47660
Lorenz Krämer: +32-(0)228-37660
Fax: +32-(0)228-49660
manuela.kropp@europarl.europa.eu
lorenz.kraemer@europarl.europa.eu

Büro Dresden
Schweriner Straße 50a
01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Fax: +49 (0)351-20699046
Jan Robert Karas
Susann Scholz-Karas
Susanna Karaswanskij
europa@cornelia-ernst.de

Büro Leipzig im linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
Tel.: +49 (0)341-3081199
Juliane Nagel
juliane.nagel@linxxnet.de

Büro Chemnitz im Rothaus
Lohstraße 2
09111 Chemnitz
bei Anfragen:
Tel.: +49 (0)351-42690005
europa@cornelia-ernst.de

Europakontaktbüro Bautzen
Seminarstraße 5
02625 Bautzen
Tel./Fax: +49 (0)3591-270561

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



November/Dezember 2010

Die Macht der Geldes



Wie weit trägt die europäische Solidarität? Sind verschuldete Staaten in der europäischen Gemeinschaft für sich selbst verantwortlich? Oder sind gerade krisenhafte Situationen und die Suche nach gemeinsamen Lösungen der Gradmesser für den „Wert“ der europäischen Gemeinschaft?

Kanzlerin Merkel hat diese Frage für die Schwarz-Gelbe Regierungskoalition und damit auch für Deutschland beantwortet: Verschuldete Eurostaaten haben kein Recht auf Teilhabe. Jürgen Klute (Koordinator der Linksfraction GUE/NGL im Wirtschafts- und Währungsausschuss) kommentierte die Forderung der Kanzlerin nach Stimmrechtsentzug für hoch verschuldete Euroländer wie folgt: „Die Eurozone steht vor dem Abgrund klaffender Ungleichgewichte und aggressiver spekulativer Attacken - und der Kanzlerin fällt nichts weiter ein, als die Eurozone weiter nach deutschem Wesen umzubauen. Während zu Hause das eigene Stagnations- und Armutsmodell als leuchtendes Vorbild verkauft wird, bringt Merkel ihre Partner offen gegen Deutschland auf. "Hinter verschlossenen Türen umfasst der Widerstand gegen Entmündigungs-Erpressungen die Vertreter so unterschiedlicher Mitglieder wie Großbritannien und Spanien, Luxemburg, die Niederlande oder Tschechien. Einzig die Bundesregierung hat den Ernst der wirtschaftlichen Lage Europas noch nicht erkannt und pokert unter Einsatz der gemeinsamen Währung." Denn Deutschland, als größte Volkswirtschaft der europäischen Gemeinschaft, exportiert auf dem Rücken zunehmend armer ArbeitnehmerInnen und Erwerbsloser den Rest Europas zu Boden und auch Spekulanten können ungestört über Staatsanleihen herfallen. Daher fordern wir einen Pakt für Wachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit. ■

Aktuelles aus Brüssel

5. Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission verabschiedet

Die Europäische Kommission hat den 5. Kohäsionsbericht verabschiedet. Die EU steht durch die Erweiterungen vor dem Problem, mehr Gebiete fördern zu müssen, um die Ziele der Angleichung der Lebensbedingungen in der EU zu erreichen. Aber auch die Ziele der Kohäsionspolitik wie die Förderung von Wachstum und Beschäftigung und die Verringerung sozialer Ausgrenzung müssen in Sachsen auch nach 2013 weiter verfolgt und durch Strukturmittel gefördert werden.

Positiv an dem jetzt vorgestellten Bericht ist, die vorgesehene Ausweitung auf neue Tätigkeiten (z.B. Forschung und Entwicklung, Energie, lokale Entwicklung, lebenslanges Lernen oder Mobilitätsmaßnahmen, Klimawandel und Umwelt und Breitband) und die Forderung nach einer Reduzierung des Verwaltungsaufwands.

Um gut aufgestellt sein, plant die deutsche Delegation der LINKEN eine Arbeitsgruppe zu bilden sowie eng mit den zuständigen Fachpolitikern auf Landes- und Bundesebene zusammenzuarbeiten und eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten. Denn eins ist klar: „Die Reform der Kohäsionspolitik muss den armen Ländern der EU entsprechend größere Bedeutung beimessen, um ihren Entwicklungsrückstand abzubauen, aber: auch künftig muss Regional- und Strukturförderung stattfinden und zwar im gesamten Gebiet der EU“. ■

Liebe Leserinnen und Leser des Newsletters,



ich wünsche Euch/Ihnen und Euren/Ihren Familien ein schönes Weihnachtsfest, Zeit zum Entspannen, Luf holen, Kraft tanken und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Eure/Ihre Cornelia Ernst